

## **Niederschrift**

**über die Sitzung des Ortsgemeinderates der  
Ortsgemeinde Todenroth von Freitag, dem 27.08.2021**

### **Anwesenheit:**

Ortsbürgermeister Carsten Neuls  
Beigeordnete Julia Zimmer  
Ratsmitglied Gerd Dietrich  
Ratsmitglied Thomas Stumm  
Ratsmitglied Sascha Zimmer  
Ratsmitglied Udo Zimmer

### **Entschuldigt fehlten:**

Ratsmitglied Oliver Paffenholz  
Ab TOP 4 Beigeordnete Julia Zimmer

### **Ferner anwesend:**

**Beginn der Sitzung:** 19:30 Uhr

**Ende der Sitzung:** 21:30 Uhr

Vor Einstieg in die Tagesordnung stellte der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben war. Einwände wurden nicht erhoben.

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift der Sitzung vom 2. Juli 2021
3. Breitbandausbau „Graue-Flecken-Programm“
4. Sonderpakt Wald – Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung
5. Bundestagswahlen 2021
6. Unterrichtung und Verschiedenes

# Öffentliche Sitzung

## 1. Einwohnerfragestunde

Die erschienenen Einwohner stellten Fragen bzgl. der weiteren Umsetzung des Glasfaserausbaus, welche bestmöglich beantwortet wurden. Noch offene Fragen wird der Ortsbürgermeister im Nachgang mit dem Bauleiter klären und die Antwort an die Fragesteller weiterleiten.

## 2. Niederschrift der Sitzung vom 2. Juli 2021

Es lagen keine Beanstandungen vor.

## 3. Breitbandausbau „Graue-Flecken-Programm“

Sachverhalt:

Die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen ist eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, mehr Beschäftigung und die Beibehaltung der Attraktivität des gesamten Kreisgebiets, z. B. bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, bei der Vermarktung und Werterhaltung von Immobilien und er besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die flächendeckende Versorgung des ländlichen Raumes mit einem schnellen und leistungsfähigen Internet ist in den letzten Jahren so wichtig und unerlässlich geworden, dass diese Aufgabe inzwischen zu den zentralen Aufgaben der Daseinsvorsorge zu zählen ist. Der technologische Fortschritt geht unaufhaltsam weiter. Bis heute zeigt sich dies sowohl in Untersuchungen zu Prozessorleistungen oder Zugangsbandbreiten, als auch im Wachstum des Datenverkehrs und der Leistungsfähigkeit von Verbrauchergeräten. Bereits heutige Anwendungen nutzen die bestehenden Bandbreiten von Internetverbindungen aus. Das sich ändernde Nutzerverhalten und er Einzug von leistungsfähigerer Technologie in den Alltag werden zukünftig deutlich höhere Bandbreiten erfordern.

Vielfältige Aktivitäten von Telekommunikationsunternehmen, den Städten und Ortsgemeinden sowie das Ende 2018 bis März 2021 durchgeführte Breitbandausbauprojekt des Landkreises haben dafür gesorgt, dass der Landkreis nahezu flächendeckend mit 50 mbit/s und mehr versorgt ist, teilweise auch bis in den Gigabitbereich.

Um den Ausbau einer leistungsfähigen Gigabit-Versorgung voran zu treiben, hat die Bundesregierung in der digitalen Agenda für Deutschland das Ziel ausgerufen bis zum Jahr 2025 flächendeckende zukunftsfeste Gigabitnetze aufzubauen, also Geschwindigkeiten im Gbit/s-Bereich im Down- und im Upload.

Vor diesem Hintergrund strebt der Kreistag des Rhein-Hunsrück-Kreises laut Beschlüssen vom 26.04.2021 und vom 14.06.2021 für das Gebiet des Landkreises die

Umsetzung einer Gigabit-Strategie an, die eine flächendeckende Versorgung des Kreisgebietes mit gigabitfähigem Internet zum Ziel haben soll. Hierbei sollen nach Abschluss der Maßnahme(n) gemäß den Förderrichtlinien des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz zuverlässig Bandbreiten von bis zu 1 Gbit/s verfügbar sein. Um ein kreisweites Projekt durchführen und an den Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene teilnehmen zu können, ist die Bildung eines Projektgebietes möglichst in der Größe eines Landkreises erforderlich. Die Förderaussichten sind nach Rücksprache mit dem jeweils zuständigen Bundes- bzw. Landesministerium wesentlich besser, je größer das ausgebaute Gebiet und die Anzahl der teilnehmenden Gemeinden sind.

Nach § 2 Abs. 1 GemO ist die Breitbandversorgung eine Selbstverwaltungsangelegenheit der Ortsgemeinde, wenn sich kein privater Anbieter für einen Breitbandausbau findet (sog. Marktversagen). Für das kreisweite Projekt müsste in einem ersten Schritt die Aufgaben „Breitbandausbau“ von der Verbandsgemeinde übernommen werden und die Ortsgemeinde zustimmen.

Die Verbandsgemeinde kann Selbstverwaltungsaufgaben der Ortsgemeinden übernehmen, soweit deren gemeinsame Erfüllung im dringenden öffentlichen Interesse liegt. Die Übernahme setzt voraus, dass die Verbandsgemeinde und mehr als die Hälfte der Ortsgemeinden zustimmen und in den zustimmenden Ortsgemeinden die Mehrzahl der Einwohner der Verbandsgemeinde wohnt (§ 67 Abs. 4 GemO). Von einem dringenden öffentlichen Interesse ist beim Gigabit-Ausbau, als wesentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, auszugehen, da die Leistungsfähigkeit einer einzelnen Gemeinde beim Ausbau eines zukunftssicheren Gigabit-Breitbandnetzes an ihre Grenzen stoßen wird.

Nach der Aufgabenübernahme durch die Verbandsgemeinden würde der Rhein-Hunsrück-Kreis mittels einer vertraglichen Vereinbarung mit den Verbandsgemeinden und der Stadt Boppard temporär den sachlich begrenzten Aufgabenteil „Ertüchtigung des Breitbandnetzes im Landkreis hin zu einem Gigabit-Breitbandnetz“ übernehmen. Hierzu zählen neben dem Planen und Umsetzen des Breitbandausbaus auch das Erteilen von Aufträgen und das Stellen von Förderanträgen.

Dieses Modell der Aufgabenübertragung von der Gemeindeebene auf die Verbandsgemeinden hin zum Landkreis hat sich bereits bei dem kürzlich abgeschlossenen Projekt zum NGA-Ausbau bewährt.

Die Förderrichtlinien des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz zum Ausbau der grauen Flecken sehen in der ersten Stufe vor, dass alle nicht mit 100 mbit/s versorgten Adressen ausgebaut werden können, zusätzlich noch alle Schulen, Krankenhäuser und sogenannte sozio-ökonomische Schwerpunkte (insbesondere Unternehmen bestimmter Größe und landwirtschaftliche Betriebe), auch wenn sie bereits über mehr als 100 mbit/s Bandbreite verfügen. Ausgenommen hiervon sind unter anderem bereits existierende Gigabitnetze und auch HFC-Netze (Fernsehkabel-Breitbandnetze).

Die erwähnte Aufgreifschwelle soll zum 01.01.2023 gänzlich entfallen, sodass dann grundsätzlich alle nicht gigabitversorgten Anschlüsse ausgebaut werden dürften.

Vor der Antragstellung und dem Beginn des Projekts führt die Kreisverwaltung ein Markterkundungsverfahren durch, wodurch ausgeschlossen werden soll, dass ein geförderter Ausbau in Gebieten erfolgt, in denen seitens eines Telekommunikationsunternehmens ein eigenwirtschaftlicher Ausbau beabsichtigt ist. Mit den Förderungen von Bund und dem Land Rheinland-Pfalz kann insgesamt eine Förderquote in Höhe von 90 % erzielt werden. Der Kreistag hat zudem beschlossen, dass der verbleibende Eigenanteil vom Landkreis übernommen wird, so dass Beschlüsse der Städte und Ortsgemeinden zur finanziellen Beteiligung nicht erforderlich sind.

Durch das jetzige Förderprogramm ist grundsätzlich der Anschluss alle Adressen mit einem Glasfaseranschluss bis ins Gebäude vorgesehen. Die Leerrohre für die Glasfaseranschlüsse werden im Wesentlichen in den Straßen und Wegen der Ortsgemeinde verlegt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Todenroth begrüßt das Vorhaben des Landkreises, die Breitbandinfrastruktur im Landkreis hin zu einem Gigabitnetz zu ertüchtigen und stimmt der Übernahme der Aufgabe „Breitbandversorgung“ durch die Verbandsgemeinde Kirchberg nach § 67 Abs. 4 GemO zu. Die Übertragung ist auf das vorstehend bezeichnete Förderprogramm begrenzt. Sofern wider erwarten doch eine Kostenbeteiligung seitens der Ortsgemeinde erforderlich werden sollte, ist ein erneuter Beschluss des Ortsgemeinderates notwendig.
2. Die Ortsgemeinde Todenroth erklärt sich damit einverstanden, dass die Einzelheiten des Gigabit-Ausbaus in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Rhein-Hunsrück-Kreis und den Verbandsgemeinden sowie der Stadt Boppard geregelt werden.

**Abstimmungsergebnis: 6 Ja - Nein - Enthaltungen**

#### **4. Sonderpakt Wald – Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung**

Die waldbesitzenden Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen. Durch drei trockene Jahre in Folge und den damit verbundenen Kalamitäten sind die Waldbestände extrem gestresst.

Mit dem „Sonderpakt – Wald“ hat der Kreistag am 14.06.2021 beschlossen, die waldbesitzenden Gemeinden im Rhein-Hunsrück-Kreis finanziell bei der Bewirtschaftung des Naturraums Wald zu unterstützen. Die finanziellen Mittel sind in Absprache mit dem Revierförster im Zuge der kommunalen Forstbewirtschaftung bis

spätestens 31.12.2023 für zusätzliche Maßnahmen zum Vorteil einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung zu verwenden.

Der Anteil der Ortsgemeinde Todenroth beträgt 1.647,46 Euro. Die Fördersumme ergibt sich aus der Verteilungsberechnung, welche in der Kreisausschusssitzung am 26.04.2021 beraten und beschlossen wurde.

Die vom Kreis vorbereitete „Vereinbarung Sonderpakt Wald“ über deren Inhalt informiert wurde, wird vom Ortsgemeinderat anerkannt. Der Ortsbürgermeister wird beauftragt, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja - Nein - Enthaltungen**

## 5. Bundestagswahl 2021

Es wurde erörtert, dass in diesem Jahr keine Wahlschulung in der üblichen Form stattfinden wird. Die Schulungsunterlagen werden Online als Schulungsvideo zur Verfügung gestellt. Die Personen (Vorsitzender, stlv. Vorsitzende, Schriftführerin und stlv. Schriftführer) werden im Nachgang zur Sitzung die Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommen (Link) und diese ansehen. Bei offenen Fragen stehen die Mitarbeiter der VG zur Verfügung.

Der Ablauf der Landtagswahl (insbesondere hinsichtlich der Hygieneregeln sowie der neuen Regelung hinsichtlich der Auszählung bei weniger als 50 Urnenwählern) wurde besprochen. Eine Diensteinteilung wurde vorgenommen. Der Aufbau des Wahllokals wurde für Samstag ab 14 Uhr vereinbart.

Dienstplan:

<b>Früh (08:00 bis 13:00)</b>	<b>Spät (13:00 bis 18:00)</b>
Carsten Neuls (WVst.)	Julia Zimmer (stlv. WVst.)
Oliver Paffenholz (stlv. SF)	Laura Neuls (SF)
Udo Zimmer	Gerd Dietrich
Sascha Zimmer	Thomas Stumm

## 6. Unterrichtung und Verschiedenes

### a. Petition

Bislang ist die Offenlegung des Bauantrages noch nicht erfolgt.

### b. Arbeitseinsatz Friedhof

Da bislang noch kein Mutterboden geliefert wurde, wird der Arbeitseinsatz zur Räumung der abgelaufenen Gräber auf Ende Oktober zusammen mit dem Arbeitseinsatz Baum-/Strauchschnitt verschoben. Sollte vorher Mutterboden geliefert werden, wird kurzfristig entschieden.

- c. Kirchbausteine e.V.  
Der Ortsbürgermeister berichtet über die Jahreshauptversammlung und die Neuwahlen.
- d. Gemeindeabend  
Ein Gemeindeabend wird in diesem Jahr nicht stattfinden.
- e. Dorferneuerung - Dorfmoderation  
Der Termin zur Dorfmoderation wird auf den 15. September festgelegt. Der Ortsbürgermeister wird in den nächsten Tagen eine entsprechende Mitteilung im Rahmen eines Infoblattes an die Bewohner verteilen.
- f. Sitzung Arbeitskreis Kindergarten und Kindergartenbezirk  
Der Bürgermeister berichtet über die Sitzungen.
- g. (Teil-)Sperrung der K 11 – freie Strecke Metzenhausen – Kirchberg  
Der Bürgermeister berichtet über die genehmigte Sperrung und wird diese auch auf der Internetseite als Information an die Einwohner veröffentlichen.
- h. Anfrage des Südwestfunks  
Der SWR möchte einen Beitrag über Todenroth in der Sendung „Hierzuland“ drehen. Nach Brain-Storming wird der Bürgermeister folgende Themen vorschlagen: Garten der Familie Schirmer, Musik der Familie Müller/Kehr, Künstlerin Martina Knauf, Kirche, Windradproblematik, Firma von Peter Meurer, Tiere im Dorf, Eisenbahn in Scheune Hohlgasse.
- i. Baugebiet/Grundstücke  
Der Ortsbürgermeister berichtet über den Stand der vorhandenen Grundstücke.
- j. Projekt Wohnpflegeheim  
Der Bürgermeister berichtet über die letzte Sitzung sowie das weitere Vorgehen.
- k. Ortsschilder  
Ein Ratsmitglied bringt vor, dass hölzernen Ortsschilder geschliffen und gestrichen werden müssen. Dies wird in den nächsten Wochen angegangen.

l. Brücke Hohlgasse

Das Geländer der Brücke in der Hohlgasse wirkt zunehmend marode. Hierzu sollen Angebote eingeholt werden.

m. Parkverbot „Im Brühltal“

Ein Ratsmitglied bringt vor, dass in der Straße „Im Brühltal“ immer wieder Fahrzeuge so auf der Straße parken, dass ein Vorbeifahren nicht mehr möglich ist. Da auf Ansprache nicht dauerhaft reagiert wird, prüft der Ortsbürgermeister über die Verbandsgemeindeverwaltung, ob die Anbringung von Parkverbotsschildern möglich ist.

n. Wald

Ratsmitglieder berichten erneut über trockene/käferbefallene Bäume in verschiedenen Waldgebieten (1a, 4a und Hasenberg). Der Ortsbürgermeister wird dies an den Revierförster weitergeben.

Der Ortsbürgermeister schließt die Sitzung um 21:30 Uhr.